

Rede vom 23. Januar 2008

Wissenschaft statt Thekenkraft – Mehr studentische Hilfskräfte für NRW

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5008

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Boos. - Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Kollege Dr. Berger das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Stefan Berger (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Anschluss an diesen letzten Tagesordnungspunkt findet der offizielle Karnevalempfang durch die Landtagspräsidentin statt. Der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion ermöglicht noch einen reibungslosen Übergang in die Karnevalszeit, denn man fragt sich, ob es nicht der Hoppediz war, der bei diesem Antrag den Sozialdemokraten die Feder geführt hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Sozialdemokraten konstatieren, dass die wirtschaftliche und soziale Lage für Studierende in Nordrhein-Westfalen beschämend sei und dass Studentinnen und Studenten arbeiten gehen müssten.

Ich stelle hierzu fest:

Erstens. Studentinnen und Studenten haben schon immer mehr oder weniger gearbeitet.

Zweitens. Studentinnen und Studenten haben auch innerhalb der 39 Jahre dauernden SPD-Regierungszeit mehr oder weniger gearbeitet.

Drittens. Studentinnen und Studenten werden auch zukünftig während ihres Studiums mehr oder weniger arbeiten.

(Norbert Killewald [SPD]: Hat der Bachelor oder Diplom?)

Die SPD sieht nun das Problem, in diesem Fall die Finanzlage der Studierenden, als zu lösen an und bietet als Lösungsinstrument von oben herab verordnete Arbeitsverträge an. Die Hochschulen sollen - das steht in Ihrem Antrag - den aktuellen Anteil studentischer Beschäftigter um wenigstens 10 % erhöhen.

Mit dieser Forderung entsprechen Sie, meine Damen und Herren von der sozialdemokratischen Fraktion, wieder einmal hundertprozentig den alten sozialdemokratisch-sozialistischen Ideologien: Der Staat soll alles an sich reißen, er soll alles steuern, er soll alles lösen. Sie beschwören in diesem Antrag letztlich nichts anderes als Ihr verloren gegangenes Utopia von der sozialistischen Republik Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU - Norbert Killewald [SPD]: Tätä, tätä, tätä!)

Ihre Forderung nach einem Plus bei studentischen Hilfskraftstellen um 10 % - das müssen sie auch einmal erklären - wirkt völlig aus der Luft gegriffen. Warum sprechen Sie von 10 % Warum wollen Sie nicht direkt die Steigerung von 20 %? Warum wollen Sie nicht die Steigerung auf 30 %? Warum rufen Sie nicht sofort die Vollbeschäftigung unter den Studierenden aus? Diese Frage stellt sich.

Um dem Ganzen jedoch die Krone aufzusetzen, soll das alles auch noch aus dem Landeshaushalt finanziert werden - übrigens aus einem Landeshaushalt, den Sie uns in einem Zustand hinterlassen haben, der nun alles andere als positiv war. Man muss jetzt schon den karnevalistischen Schalk im Nacken haben, um als Opposition zu beantragen, dass die Regierung nun eine sozialistische Forderung finanziell erfüllen soll, die selbst von der SPD - selbst zu Karneval - in 39 Jahren nicht angegangen worden ist.

(Beifall von der CDU)

Glücklicherweise gehören diese Zeiten im Wissenschaftsbereich inzwischen der Vergangenheit an. Unsere Hochschulen können nach dem Hochschulfreiheitsgesetz in eigener Verantwortung Entscheidungen treffen. Sie können somit natürlich auch entscheiden, welche Personalstellen

sie schaffen wollen und welche Sätze für studentische Hilfskräfte sie im Einzelnen bezahlen. Zudem - das wird in der Debatte immer völlig ausgeblendet - ist die Verkürzung von Studienzeiten in beste Möglichkeit, die Doppelbelastung durch Studium und Erwerbstätigkeit so kurz wie möglich zu halten. Deshalb werden ja die Einnahmen aus dem Studienbeitragsgesetz gerade dafür eingesetzt, die Bedingungen für ein hochwertiges und zügiges Studium zu verbessern; Studienbeiträge, die Sie im Übrigen nie wollten, die Sie immer ablehnen, die Sie bekämpfen, aber deren Wirkung Sie gerne hätten.

Unser Hochschulfreiheitsgesetz bietet also die besten Voraussetzungen für individuelle Lösungen.

Die SPD steht mit ihrem Antrag für Zentralismus und Sozialismus. Wir stehen für Subsidiarität.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Diese Subsidiarität, Herr Schultheis, gilt auch für die studentischen Hilfskräfte. Nicht jeder - das sage ich Ihnen aus eigener Erfahrung - will an einer Uni arbeiten, wenn er dort Student ist. Vielleicht gibt es ja auch den einen oder anderen, der gerne auch in Zeiten des Karnevals als Thekenkraft arbeitet. Ich würde deswegen vorschlagen, den Antrag ad acta zu legen und mit Kraft an die Theke zu gehen. - Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Berger.